

NW-Gespräch mit Marcos Arruda : Brasilien nach den Präsidentschaftswahlen

Autor(en): **Arruda, Marcos**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **84 (1990)**

Heft 2

PDF erstellt am: **14.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-143523>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Brasilien nach den Präsidentschaftswahlen

Brasilien hat Ende 1989 seinen Präsidenten gewählt. Am 17. Dezember gewann der konservative Kandidat Collor de Mello die Wahl nur knapp vor dem linken Bewerber Luis Inácio da Silva, kurz Lula genannt, der überraschend 47 Prozent der Stimmen auf sich vereinigte. Aus diesem Anlass führte Viktor Hofstetter am 28. Dezember das nachstehende NW-Gespräch mit dem brasilianischen Wirtschaftswissenschaftler Marcos Arruda, der sich gerade in der Schweiz aufhielt. Unser Gesprächspartner lebt in Rio de Janeiro. Er ist Professor am dortigen Institut für höhere Erziehungswissenschaften und arbeitet ausserdem am Institut für eine alternative Politik im südlichen Teil Lateinamerikas (Argentinien, Brasilien, Chile, Uruguay) sowie am Instituto Cajamar, das sich mit der Weiterbildung von Arbeiterinnen und Arbeitern befasst. Unter der Militärdiktatur kam Arruda ins Gefängnis, wo er schwer gefoltert wurde. Während seines Exils lebte er zunächst vier Jahre in den USA und anschliessend sieben Jahre in Genf. Hier arbeitete er zusammen mit Paulo Freire an Bildungsprojekten für Guinea-Bissau und für die Kapverdischen Inseln. Im Auftrag des Ökumenischen Rates der Kirchen leitete Arruda eine Untersuchung über Transnationale Unternehmungen. 1982 kehrte er nach Brasilien zurück, wo er sich verschiedenen Volksorganisationen und auch der kirchlichen Basisbewegung anschloss. Red.

Das Volk will eine tiefgreifende Veränderung

NW: In den letzten Monaten haben wir mit Spannung das Ereignis für Brasilien miterlebt: Nach 29 Jahren hat das Volk zum ersten Mal wieder einen Präsidenten gewählt. Dabei hat die Arbeiterpartei (Partido dos Trabalhadores) mit ihrem Kandidaten Lula beinahe einen Sieg errungen. Was bedeutet dieser Wahlausgang für Brasilien?

Marcos Arruda: Die Tatsache, dass ein Arbeiter beinahe Präsident Brasiliens geworden wäre, ist ein historisches Ereignis, das in der Geschichte Lateinamerikas ohne Beispiel dasteht. Dieser Arbeiter vertritt einen bedeutenden Teil unserer Gesellschaft. Als wichtiger Gewerkschaftsführer stand er an der Spitze einer mächtigen Volksbewegung, die den Sturz der 21jährigen Militärdiktatur herbeiführte.

Lula wurde immer wieder angeboten, mit der herrschenden Macht zu kollaborieren. Aber er hat sich nie verkauft, sondern ist seiner sozialen Basis treu geblieben. Er ist ein *integroter Politiker*, der für eine neue Politik steht und damit ein Zeichen setzt gegen

Vetternwirtschaft und Korruption, die in Brasilien und in ganz Lateinamerika zum politischen System gehören.

Dass wir als Arbeiterpartei beinahe die Präsidentschaft erobert haben, gibt uns die Möglichkeit, bis zu den nächsten Präsidentschaftswahlen in fünf Jahren unsere soziale Basis zu vergrössern. Schon bei den vergangenen Wahlen konnten wir für unser Projekt einer neuen Gesellschaft bis ins letzte Dorf Brasiliens werben. Die Menschen hatten davon bisher kaum etwas gehört. Das hat sie sehr bewegt und vieles in den Basisorganisationen in Gang gebracht.

NW: Nach den Meinungsumfragen zu schliessen, muss das Wahlergebnis Eure eigenen Erwartungen weit übertroffen haben. Was hat zu diesem Erfolg geführt?

Marcos Arruda: Die Arbeiterpartei vertritt wirklich die Basis unserer Gesellschaft. Sie ist aus den Volksbewegungen der sechziger und der siebziger Jahre entstanden, auch aus der Basisarbeit der Kirchen, insbesondere aus den *Basisgemeinden* sowie der Arbeiter- und der Landpastoral der katholischen Kirche. Es handelt sich also um eine Partei, die im Gegensatz zum traditionellen

Typus der Linkspartei nicht von einer kleinen Gruppe von Leuten mit einem hohen politischen Bewusstsein geschaffen wurde. Die Partei ist vielmehr aus einer Volksbewegung hervorgegangen. Und diese Basis hat sich erweitert aufgrund einer geduldigen Arbeit, die zehn Jahre dauerte und sich auf die Ebenen der Gemeinden, der Betriebe und der gesellschaftlichen Gruppen erstreckte, also auf alle Ebenen, wo die Menschen leben und arbeiten.

Ein weiterer Faktor ist die Unzufriedenheit des Volkes mit der zunehmenden Auflösung des politischen und des wirtschaftlichen Lebens in Brasilien. Das Land hatte unmittelbar vor den Wahlen eine Inflationsrate von 60 Prozent im Monat erreicht. Der offizielle Mindestlohn, der im Juli 1989 geschaffen wurde, enthielt im Juli 1989 noch eine Kaufkraft von 37 Prozent. Auf der einen Seite wachsen *Armut und Elend* der Menschen in einem erschreckenden Ausmass. Auf der andern Seite gibt es eine reiche Elite, die nicht bereit ist, die enormen Reichtümer zu teilen, die das Land hervorbringt. Gewiss wird ein Teil dieser Reichtümer durch die Auslandsschulden aufgezehrt. Doch gibt es in Brasilien eine Kapitalkonzentration wie nirgendwo sonst in Lateinamerika. Die Leute sind dieser Politik überdrüssig, da sie nur den Interessen privilegierter Gruppen dient, der Korruption Vorschub leistet und weit entfernt ist von jeder sozialen Verantwortung.

Das Volk hat für zwei Kandidaten gestimmt, die beide eine Veränderung wollen. Collor, der Sieger, steht für einen *Populismus* von rechts. Lulas Vorstellungen sind mehr links orientiert, aber nicht populistisch, sondern basisdemokratisch. Das Volk will also eine Veränderung. Es hat in seiner Mehrheit nur noch nicht erkannt, dass ein Collor, der selber aus der traditionellen Politikerklasse kommt, keine tiefgreifende Veränderung bringen kann. So werden die Menschen in den kommenden fünf Jahren noch einmal erleben müssen, wie ihre Hoffnungen enttäuscht werden.

Vor einer Verschärfung der sozialen Krise

NW: In einem Interview nach dem ersten Wahlgang hat Paulo Freire gesagt, dass für

die Unterdrückten nichts schwieriger ist, als zu erkennen, warum sie unterdrückt werden. Zeigt nun aber nicht gerade dieses Wahlergebnis, dass die Leute sich ihrer Situation immer besser bewusst werden?

Marcos Arruda: Ja, gewiss. Die Eliten dieses Landes, selbst wenn sie an den besten Universitäten ausgebildet werden, können oder wollen die tragische Situation, in der sich die Mehrheit unseres Volkes befindet, nicht erkennen. Wenn aber jemand wie Lula, der nur eine Sekundarschule besucht hat, am Fernsehen zu den Leuten spricht und ihnen eine Botschaft der Hoffnung gibt, dann sind die Leute auch fähig, die Ursachen der zunehmenden Verelendung Brasiliens zu begreifen. Dieses Bewusstsein verbreitet sich nicht nur unter den Arbeitern, sondern auch in der Mittelklasse und selbst unter den mittleren und kleineren Unternehmern. Sie haben verstanden, dass es nicht so sehr drauf ankommt, ein Diplom zu besitzen, als vielmehr ein *vertieftes soziales Bewusstsein* zu haben, die Fähigkeit, den Problemen des Landes und den sie bestimmenden Faktoren auf den Grund zu gehen.

NW: Was bleibt nach diesen Wahlen zu tun?

Marcos Arruda: 1990 wird sich die Krise in einem Ausmass verschärfen, wie wir es in Brasilien vielleicht noch nie gesehen haben. Ich sage das, weil die neue Regierung offenbar nicht die Absicht hat, eine tiefgreifende Wirtschaftsreform durchzuführen. Collor wird die teilweise Bezahlung der Auslandsschulden fortsetzen und mit den Gläubigern Brasiliens neue Bedingungen, auch Erleichterungen für die Bezahlung der Hauptschulden aushandeln. Doch am eigentlichen Problem wird sich nichts ändern. Collor hat bislang keine Vorschläge gemacht, um eine *Hyperinflation* zu verhindern, obwohl die Inflationsrate zur Zeit bereits 80 Prozent pro Monat ausmacht. Vielleicht gelingt es den Unternehmern und Bankiers, die Preise zu kontrollieren, um die neue Regierung zu retten. Wenn sie aber, um die Inflation zu bremsen, der Wirtschaft eine Rezession verschreiben wollen, dann wird eine Depression die Folge sein. Die damit verbundene Zunahme der Arbeitslosenquote und der sozialen Verelendung birgt in sich die Möglichkeit einer so-

zialen Explosion, die wiederum das Militär auf den Plan rufen wird. Es dürfte ein recht unruhiges Jahr werden.

Hinzu kommt, dass bereits im Oktober 1990 die *Gouverneurswahlen* für die Teilstaaten unseres Landes und die *Kongresswahlen* stattfinden werden. Um ihre gegenwärtige Mehrheit nicht an die Linke zu verlieren, hat die Bundesregierung ein grosses Interesse, die Situation unseres Landes zu verbessern. Aber mit welchen Mitteln? Wenn die Regierung mehr internationale Hilfe in Form von Bankkrediten sucht, wird sich die Krise noch verschärfen und die Transnationalisierung der brasilianischen Wirtschaft weiter fortschreiten.

Die Volksbewegung und mit ihr die Arbeiterpartei werden dagegen die neugewonnenen Möglichkeiten für politische Aktivitäten in den Gemeinden und in den Sektoren der Arbeiterschaft nutzen, um die eigene soziale Basis zu erweitern und zu konsolidieren. Vermutlich werden wir 1990 zusätzliche Mandate im Kongress und einige Gouverneurssitze gewinnen. In den Gemeindewahlen des kommenden Jahres möchten wir die Zahl fortschrittlicher Stadtregierungen vergrössern, um auf diese Weise *Erfahrungen in lokaler Demokratie* zu sammeln. Je mehr das Volk in der Lage ist, die Politik in seinem eigenen Lebensbereich mitzubestimmen, um so besser sind die Voraussetzungen für die Präsidentschaftswahlen 1994.

Für eine Demokratisierung aller Lebensbereiche

NW: Wie Lula in seiner Wahlkampagne gesagt hat: Das Volk selbst soll fähig werden, sein Schicksal in die eigene Hand zu nehmen.

Marcos Arruda: Ganz genau. Die Befreiung des brasilianischen Volkes kann nicht das Werk der Arbeiterpartei oder einer fortschrittlichen Regierung, sondern nur des Volkes selber sein. Arbeiterpartei und Staat können dem Volk aber auf verschiedene Weisen helfen, dass es seinen eigenen Weg der Befreiung findet. Was wir vorschlagen, ist eher selten in Lateinamerika: Die verschiedenen Sektoren des Volkes, die verschiedenen Schichten der Arbeiterschaft und letztlich das Volk selbst sollen, organi-

siert und bewusst, das Subjekt einer tiefgreifenden Veränderung der Gesellschaft in unserem Land sein. Unser Ziel ist eine *integrale Demokratie*, die alle Lebensbereiche unserer Gesellschaft betrifft und nicht nur das Recht auf freie Wahlen umfasst, sondern auch das Recht, alle Fragen zu entscheiden, durch die das Leben und die Interessen der Menschen berührt werden. Dazu gehört auch das Recht zu entscheiden, wer was produzieren soll, mit welchen Mitteln und für welche Bedürfnisse, wie ferner der Reichtum zu verteilen und das Wohl der gesamten Gesellschaft zu verwirklichen ist. Von dieser umfassenden Partizipation des Volkes sind wir noch weit entfernt: Bei einer Gesamtbevölkerung von 150 Millionen können sich nur etwa 30 oder 40 Millionen am kapitalistischen Markt beteiligen. Es geht uns also um eine Demokratisierung aller Lebensbereiche, der Wirtschaft wie der Politik, der Kultur wie des Glaubens, um eine Demokratisierung all dessen, was das Leben der Leute beinhaltet.

In Brasilien müssen wir vor allem versuchen, einen Staat aufzubauen, der nicht mehr im Dienst organisierter Privatinteressen, gar der persönlichen Bereicherung steht, sondern im Dienst der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit. Die Staatsführung soll kein Privileg mehr sein, sondern ein Instrument der Verantwortung gegenüber dem Volk, ein Instrument, das dem Volk selbst die Macht gibt, seine eigene Geschichte zu gestalten.

Lateinamerikanische Erfahrungen mit Menschen aus Osteuropa teilen

NW: Wie beurteilst Du in diesem Zusammenhang die Ereignisse in Osteuropa? Was möchtest Du diesen Völkern, die sich auf den Weg gemacht haben, mitteilen?

Marcos Arruda: Da die Neuen Wege auch in den Oststaaten gelesen werden, empfinde ich es als Privileg, mich an die Brüder und Schwestern in diesem Teil Europas wenden zu dürfen. Ich möchte damit die Bitte verbinden, dass sie uns ihre Erfahrungen ebenfalls mitteilen. Ich bin sehr bewegt von den Ereignissen in Osteuropa. Sie haben ihren Ursprung im *Grundwiderspruch eines Systems*, das sich als *sozialistisch* ausgab, aber im Lauf der Geschichte seine wesent-

sten Prinzipien verraten hat. Aus einer falschen Sicht der Geschichte, des Staates und der Macht haben die führenden Leute dieser Länder eine absolutistische Auffassung der Revolution vertreten. Sie haben sich als die alleinigen Inhaber der Wahrheit betrachtet. Ein sowjetischer Gesprächspartner konnte mir sagen: «Die polnischen Arbeiter schaden sich selber, wenn sie streiken.» Ich antwortete ihm: «Sie wenden sich damit doch an den Staat, ihren Patron, und sagen ihm, dass sie eine Veränderung wollen.» Darauf kam die Antwort: «Aber der Staat in unseren Ländern, das ist das Volk. Wenn daher das Volk gegen den Staat kämpft, dann kämpft es gegen sich selbst.» Dieses in sich widersprüchliche und unhistorische Denken hat in Osteuropa und auch in China zu einer totalen Spaltung zwischen dem Volk und dem sogenannten Volksstaat geführt.

Wir sind sehr glücklich darüber, dass die Völker Osteuropas beginnen, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Darin liegt eine grosse Hoffnung, aber auch ein grosses Risiko. Deshalb möchte ich mit Menschen aus diesen Staaten in Kontakt kommen, damit wir unsere Erfahrungen und Überlegungen austauschen können. Ich möchte erklären, was es für unser brasilianisches Volk bedeutet, in einem *kapitalistischen System* zu leben, das ich als den «totalen Markt» bezeichne, wo die Gesetze des Marktes nicht nur das wirtschaftliche Leben, sondern auch die Moral und die Verhaltensweisen in der Gesellschaft bestimmen. Welches sind die Konsequenzen der Auslandverschuldung? Welche Politik haben die Regierungen zusammen mit den internationalen Gläubigern, dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank unseren Völkern aufgezwungen, um angeblich die Verschuldungskrise zu überwinden, während die soziale Krise in Tat und Wahrheit nur noch verschlimmert wurde?

Ich möchte diese Erfahrungen mit Leuten aus Osteuropa teilen und sie gleichzeitig bitten, mit uns auch ihre Erfahrungen zu teilen, die sie mit einem allmächtigen Staat gemacht haben, in dem das Volk von den Entscheidungen über die Zukunft des eigenen Landes verdrängt wurde. Wir sollten voneinander lernen, damit wir gemeinsam nach einem *neuen Gesellschaftsmodell*

suchen, das uns nicht mehr von anderen Ländern oder Interessengruppen aufgezwungen wird, sondern das autonom in unserer eigenen Kultur verwurzelt ist, sei dies in Lateinamerika, in Europa oder in Asien.

Verlagert sich der eiserne Vorhang nach dem Süden?

NW: Eine Publikation der UNCTAD, an der Du beteiligt bist, spricht von der Gefahr, dass sich der eiserne Vorhang nach dem Süden verlagert.

Marcos Arruda: Leider gibt es bereits einen solchen Vorhang zwischen dem Norden und dem Süden. Es könnte aber sein, dass dieser Vorhang noch undurchlässiger würde, wenn sich Osteuropa dazu hergäbe, ein Wagon am Zug der kapitalistischen Lokomotive des Westens zu werden. Diese Möglichkeit ist aber noch lange nicht entschiedene Sache. Die Völker des Ostens sehen sich in diesem Moment vor eine ganz schwierige historische Wahl gestellt. Wohin gehen sie? Und wer wird das Subjekt ihrer Zukunft sein? Wenn sie den bisherigen Staatsextremismus mit dem westlichen Modell des *totalen Marktes*, der Transnationalen Unternehmungen und des Konsumismus überwinden wollen, dann werden sie in ihrer Geschichte rückwärts gehen. In diesem Fall wären die Länder des Südens wieder die Opfer. Aber auch die Völker Osteuropas müssten sich früher oder später Rechenschaft darüber ablegen, dass das nicht die Befreiung war.

Aber wenn beides nicht funktioniert, weder der zerstörerische Etatismus noch der totale Markt, dann muss die historische Wahl auch die Möglichkeit enthalten, einen andern, einen eigenen Weg zu gehen. In Lateinamerika stehen wir vor der gleichen Frage: Wie ist ein Land aufzubauen, das die schlimmen Folgen der beiden Extreme verhindern will? Ich zähle auf die Weisheit der osteuropäischen Völker, dass sie einen eigenständigen Weg finden werden. Und wir werden dasein, um ihnen zu helfen. Wir werden unsere Erfahrungen einbringen, *unser Leiden* unter der Marginalisierung unserer Völker durch die Transnationalen Unternehmungen und das Weltkapital.

NW: Vielen Dank, Marcos.